

NIEDERSCHRIFT StuB/017/2012

über die Sitzung **des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses** am 22.03.2012 im **Kultursaal der Alten Landwirtschaftsschule.**

Vorsitzender:

Herr Hans-Joachim Dübbel-
de

Ausschussmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Bernd Kösters
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Thomas Schulze Tem-
ming
Herr Franz Becks
Herr Hans-Joachim Spengler
Herr Ralf Flüchter
Frau Maggie Rawe

Vertretung für Herrn
Dr. Rolf Sommer

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Andreas Groll

Vertretung für Herrn
Bernhard Kortmann

Herr Thomas Walbaum

Entschuldigt fehlt:

Herr Helmut Knüwer

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks
Frau Michaela Besecke
Herr Gerd Mollenhauer
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:15 Uhr

Herr Dübbelde stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bürgerwindpark in Billerbeck
hier: Überlegungen zu Anforderungen an einen Bürgerwindpark
Auf die Vorberatung im Bezirksausschuss wird verwiesen.

Frau Rawe macht noch einmal deutlich, dass sich wesentlich mehr als 50% der betroffenen Anwohner für einen Windpark aussprechen müssten.

Herr Brockamp hält es für wichtig, einen verbindlichen Katalog mit glasklaren Kriterien zu erstellen, der dann für alle verbindlich sein müsse. Außerdem sollte als Kriterium eine noch festzulegende maximale Lärmbelastung aufgenommen werden.

Frau Besecke erläutert, dass der Außenbereich bzgl. der Lärmwerte wie ein Mischgebiet gewertet werde. Wenn jetzt für den Außenbereich geringfügigere Werte festgelegt würden, könnte sich das als Bumerang erweisen, weil dann erheblich weniger Anlagen möglich wären.

Herr Brockamp möchte dennoch eine maximale Lärmbelastung festlegen, es müsse ein allgemein gültiges Kriterium mit möglichst wenigen Ausnahmen gefunden werden.

Herr Mollenhauer schlägt in Anlehnung an die Abstandsregelung vor, dass bei Überschreiten eines bestimmten Lärmwertes der Betroffene zustimmen muss.

Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

Herr Flüchter unterstreicht, dass Konsens im Rat gewesen sei, dass die Anlieger einem Bürgerwindpark zustimmen müssten. Welche Anlieger und wie viele damit gemeint seien, müsse klar definiert werden.

Herr Schulze Temming betont ebenfalls, dass vor einem Planverfahren klare Rahmenbedingungen festgelegt werden müssten. Der Zustimmungssatz müsse festgezurr und deutlich größer als 50% sein und dann für alle Bereiche gelten.

Herr Becks macht unmissverständlich deutlich, dass eines für ihn ganz klar sei: Wenn ein Anwohner eines betroffenen Gebietes sich nicht beteilige, dann sei für ihn die Sache gestorben.

Herr Walbaum weist darauf hin, dass man Anlagen zu bestimmten Uhrzeiten drosseln könne, um die Lärmbelastung zu mindern.

Frau Rawe erläutert, dass sie sich der rigorosen Auffassung des Herrn Becks nicht anschließen könne. Der Bezirksausschuss habe vorgeschlagen, dass deutlich mehr als 50% der Anwohner sich für einen Windpark aussprechen müssten und dies den Bürgern im Vorfeld auch signalisiert werden soll. Wenn sich allerdings komplette Nachbarschaften gegen Windkraftanlagen aussprechen, müsse man das akzeptieren, denn ohne Bürger gebe es auch keinen Bürgerwindpark.

Frau Mollenhauer stellt heraus, dass hier doch die Anforderungen an einen Bürgerwindpark festgelegt werden sollen. Es gebe zwei Lager, nämlich die Investoren, die Geld verdienen wollten und die Anwohner, die sich aus verschiedenen Gründen gestört und beeinträchtigt fühlten. Deshalb müsse eine akzeptable Regelung für alle gefunden werden. Man müsse sehen, was den Anwohnern zugemutet werden könne und ggf. über Entschädigungen nachdenken.

Frau Dirks betont, dass die Anwohner eigentlich Investoren werden müssten, ansonsten werde es keinen Bürgerwindpark geben. Die Bürgerversammlung sollte abgewartet werden.

Herr Flüchter weist darauf hin, dass den Bürgern auch die Vorteile einer Beteiligung an einem Bürgerwindpark dargestellt werden sollen.

Herr Becks möchte, dass der zweite Absatz des Beschlussvorschlages des Bezirksausschusses gestrichen wird und wirft kritisch die Frage auf, was ein Zustimmungssatz deutlich größer als 50% überhaupt bedeute. Eine Bürgerversammlung sollte durchgeführt werden und danach sehe man weiter.

Herr Dübbelde weist darauf hin, dass doch ein Zustimmungssatz von deutlich mehr als 50% von allen gewollt sei und deshalb der Absatz bestehen bleiben sollte.

Herr Dübbelde lässt über den Beschlussvorschlag des Bezirksausschusses abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die genannten Kriterien in die Gespräche mit Interessenten und Anliegern als voraussichtliche Vorgaben für einen Windpark einzubringen.

Die Verwaltung soll in die Gespräche mit den Bürgern einbringen, dass ein Zustimmungssatz deutlich größer als 50% in einem mit den Bürgern zu besprechendem Radius erforderlich sein wird.

Stimmabgabe: 10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

**2. 35. Änderung des Flächennutzungsplanes
hier: weiteres Vorgehen zur Darstellung von Konzentrationszonen
für Windkraftanlagen in Billerbeck**

Auf die Vorberatung im Bezirksausschuss wird verwiesen.

Nach kurzer Erläuterung durch Frau Besecke schließt sich der Ausschuss der Beschlussempfehlung des Bezirksausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

Aufgrund der noch offenen Fragen wird die Fortführung des Planverfahrens bis zum Sommer zurückgestellt.

Stimmabgabe: einstimmig

**3. Bürgeranregung gem. § 24 GO NW
hier: Anregung zur Unterstützung eines Windparks an der Steinfurter Aa**

Herr Kösters möchte, dass auch die auf angrenzendem Gemeindegebiet betroffenen Anlieger beteiligt werden.

Verwaltungsseitig wird darauf hingewiesen, dass auf die Bürgerversammlung im Amtsblatt und in der Presse öffentlich hingewiesen wird und keine persönlichen Einladungen verschickt würden. An der Bürgerversammlung könne jeder teilnehmen.

Beschluss:

Zu der dargestellten Planung wird eine Bürgerversammlung durchgeführt.

Stimmabgabe: einstimmig

**4. Bürgeranregung gem. § 24 GO NW
hier: Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplanes zur Darstellung einer Konzentrationszone für Windkraftanlagen am Risauer Berg**

Frau Rawe wünscht sich im Hinblick auf mögliche Vorbelastungen auf angrenzendem Gemeindegebiet eine bessere interkommunale Zusammenarbeit und Absprache.

Frau Dirks berichtet, dass Gespräche mit Vertretern der anderen Gemeinden stattgefunden haben. Rosendahl sei planungsrechtlich auch nicht weiter als Billerbeck. Entscheidungen seien dort auch noch nicht gefallen.

Herr Kösters weist darauf hin, dass doch der gesamte Kreis Steinfurt überplant worden sei. Deshalb müsste man doch in Erfahrung bringen können, was die Nachbargemeinden planen.

Frau Dirks wiederholt, dass mit den Gemeinden gesprochen wurde. Die Potentialanalyse sei das eine und die Planungshoheit der Gemeinde das andere.

Herr Schulze Temming spricht sich für eine Bürgerversammlung aus, es sei wichtig zu hören, was die Anwohner wollen.

Beschluss:

Eine Bürgerversammlung wird durchgeführt.

Stimmabgabe: 9 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

5. Aufstellung eines Rahmenplanes zur Steuerung von gewerblichen Tierhaltungsbetrieben in Billerbeck
hier: Ergebnis der Vorstellung bei den beteiligten Vereinen und Organisationen

Herr Becks verliest für die SPD-Fraktion eine Erklärung zum „Runden Tisch Landwirtschaft“ (**siehe Anlage 1**). Er erklärt, dass die SPD-Fraktion den vorliegenden Rahmenplanentwurf nicht akzeptiere und nicht weiter am Runden Tisch mitarbeiten werde.

Herr Brockamp hält dem entgegen, dass es sicher nicht wünschenswert wäre, wenn die Landschaft mit Mastställen zugestampft wird. Auf der anderen Seite hätten am Runden Tisch verschiedene Interessensgruppen zueinander gefunden und die Landwirte seien kompromissbereit. Es gebe Lösungen, solange diskutiert werde. Vor diesem Hintergrund sei es unverständlich, dass die SPD-Fraktion sich nicht mehr an den Diskussionen beteiligen wolle. Er sei für eine Offenlegung.

Herr Flüchter stellt heraus, dass am Runden Tisch alle Akteure an einem Tisch gesessen hätten. Die erarbeiteten Vorschläge gingen in die richtige Richtung. Der Rahmenplan müsse einen Kompromiss darstellen, dafür müssten sich beide Parteien aufeinander zu bewegen. Diese Mitte sehe er noch nicht erreicht. Deshalb sollte der Rahmenplan in der jetzigen Form noch nicht veröffentlicht werden. Seine Fraktion sei aber weiterhin gesprächsbereit.

Frau Mollenhauer bringt ihre Enttäuschung über die Reaktion der SPD-Fraktion zum Ausdruck. Die Landwirte seien doch bereit, sich gewissen Einschränkungen zu unterwerfen. Dass kein vollständiger Konsens erzielt werden könne, sei klar. Aber jetzt auszusteigen, wo man sich auf einem einigermaßen guten Weg befinde, halte sie nicht für richtig.

Herr Schulze Temming wundert sich, dass die SPD-Fraktion und die Grünen die Offenlegung nicht mittragen wollen, obwohl der Runde Tisch diese beschlossen habe. Noch mehr enttäuscht sei er, dass sich die SPD aus dem Runden Tisch zurückziehen möchte, obwohl doch gute Gespräche geführt wurden und die Landwirte große Zugeständnisse gemacht hätten.

Frau Dirks ruft in Erinnerung, warum überhaupt an einem Rahmenplan gearbeitet wurde. Die Landwirte hätten nicht unbedingt ein Interesse daran, Zugeständnisse zu machen. Sie appelliere an alle Fraktionen, den Weg weiter mitzugehen. Ansonsten würden die Ziele nicht erreicht und man wäre dann wieder ganz am Anfang. Anträge für neue Ställe würden dann nach der Rechtslage beurteilt.

Frau Rawe bekräftigt, dass ihr der Rahmenplan nicht weit genug gehe. Sie könne keiner Vereinbarung zustimmen, die sie als faulen Kompromiss empfinde. Es sei doch abzusehen, dass der einmal veröffentlichte Rahmenplan später auch so verabschiedet werde.

Frau Mollenhauer weist zur Klarstellung darauf hin, dass nach der Bürgerbeteiligung noch einmal der Runde Tisch einberufen werden soll.

Herr Brockamp gibt zu bedenken, dass doch letztlich ein Kompromiss gefunden werden müsse und sich beide Seiten aufeinander zu bewegen müssen. Wenn hier keine Vereinbarung getroffen werde, dann seien alle bisherigen Anstrengungen umsonst gewesen und Anträge zur Errichtung von Stallneubauten würden nach der Rechtslage beurteilt. Er glaube nicht, dass die Landwirte dann noch gesprächsbereit seien. Die Erstellung eines Rahmenplanes auf freiwilliger Basis sei doch eine gute und einmalige Chance.

Herr Becks bittet zu akzeptieren, dass sich die SPD-Fraktion den Schritt sehr wohl überlegt habe.

Herr Schulze Temming erklärt, dass er sich eine weitere Mitarbeit seitens der SPD und der Grünen am Runden Tisch wünschen würde. Es sei schade, dass sich die SPD zurückziehen wolle.

Frau Rawe wiederholt, dass sich die Grünen nicht vom Runden Tisch zurückziehen werden, d. h. aber nicht, dass sie ihre Interessen zurückstellten und jedem Kompromiss zustimmen werden.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Der Entwurf des Rahmenplanes zur Steuerung gewerblicher Tierhaltungsbetriebe wird öffentlich ausgelegt und die Beteiligung der betroffenen Träger öffentlicher Belange sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden durchgeführt.

Mit den Ergebnissen wird erneut der Runde Tisch einberufen.

Stimmabgabe: 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

6. Erweiterung der P&R-Anlage am Bahnhof

Frau Mollenhauer weist darauf hin, dass 6 Parkplätze durch abgestellte Fahrräder blockiert würden und schlägt vor, im Bereich der Rampe Stellplätze für diese Fahrräder zu schaffen.

Herr Mollenhauer rät aus gestalterischen Gründen hiervon ab. Besser wäre es, wenn mehr Radfahrer die Rad-Station nutzen würden. Evtl. könnte eine entsprechende Aktion gestartet werden. Außerdem seien am Weihgarten zusätzliche PKW-Stellplätze geplant.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Erweiterung der P&R-Anlage am Bahnhof einen Förderantrag zu stellen. Nach Bewilligung der Mittel ist die Maßnahme auszuschreiben.

Stimmabgabe: einstimmig

7. Mitteilungen

7.1. Schlechter Zustand des Berkelwanderweges - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt zum Hinweis des Herrn Spengler mit, dass der Weg jetzt endgültig fertig gestellt wurde.

Herr Spengler merkt an, dass der Weg mindestens noch einmal gewalzt werden müsse.

7.2. Zustand des Bonackerweges - Herr Mollenhauer

Zum Hinweis des Herrn Dübbelde teilt Herr Mollenhauer mit, dass der Bonackerweg in Ordnung gebracht wurde.

8. Anfragen

8.1. Wohnmobilstellplatz - Herr Brockamp

Herr Brockamp gibt den Hinweis eines Nutzers weiter, wonach der Wohnmobilstellplatz am Freibad besser angenommen würde, wenn dort Rasengittersteine verlegt würden, damit es dort nicht mehr so staubig wäre.

Herr Mollenhauer berichtet, dass die benachbarte Minigolfanlage aufgegeben wurde und in diesem Zusammenhang auch über eine umfangreichere Verbesserung des Wohnmobilstellplatzes nachgedacht werde. Entsprechende Vorschläge würden erarbeitet.

8.2. Eingezäunter Hundeauslauf - Herr Brockamp

Herr Brockamp fragt im Auftrag eines FDP-Mitgliedes an, ob nicht ein Bereich eingezäunt werden könne, auf dem Hunde frei laufen könnten.

Frau Dirks teilt mit, dass die Stadt nicht beabsichtige, einen Auslauf für Haustiere zu schaffen.

8.3. Zustand des Johanniskirchplatzes - Herr Walbaum, Herr Brockamp, Herr Spengler

Herr Walbaum erinnert an die Nachfrage bzgl. des Zustandes des Johanniskirchplatzes. Die Verwaltung habe zugesagt, bei der Kath. Kir-

chengemeinde nachzufragen.

Herr Mollenhauer berichtet, dass die Fläche noch einmal abgewalzt werden sollte, um das Pflaster damit zu egalisieren. Er werde nachfragen, ob dies inzwischen geschehen sei.

Herr Brockamp weist ergänzend darauf hin, dass die zugesagten Kontrollen bzgl. des unberechtigten Parkens und Befahrens des Johanniskirchplatzes nichts gebracht hätten und fragt nach, ob nicht weitergehende Maßnahmen getroffen werden könnten.

Herr Spengler möchte wissen, wann die entfernten Poller wieder eingesetzt würden.

Herr Mollenhauer sagt Überprüfung zu.

8.4. Aufstellen eines Starenkastens an der L 506 - Herr Kösters

Herr Kösters führt aus, dass im Zuge der Fahrbahnsanierung der L 506 ein Starenkasten installiert werden sollte und erkundigt sich nach dem Sachstand.

Frau Dirks und Herr Mollenhauer teilen mit, dass sie hiervon nichts wüssten.

8.5. Schutzstreifen für Radfahrer im Bereich Bahnhof Lutum - Herr Kösters

Herr Kösters führt an, dass im Rahmen der Herstellung des Bahnradweges auch die Markierung eines Schutzstreifens für Radfahrer auf der Kreisstraße angedacht war.

Herr Mollenhauer berichtet, dass entsprechende Gespräche geführt wurden, der Kreis aber wohl keine Markierung aufbringen werde. Es werde versucht, im Zuge der weiteren Erneuerung der Straße von der Kastanienallee bis zur Kurve einen Radweg anzulegen.

8.6. Stand der Arbeiten am Bahnradweg - Herr Becks

Von Herrn Becks nach dem Stand der Arbeiten am Bahnradweg befragt, teilt Herr Mollenhauer mit, dass die Arbeiten planmäßig verliefen und spätestens Ende August abgeschlossen sein sollen.

8.7. Wiederherstellung von Wirtschaftswegen - Herr Spengler

Herr Spengler erkundigt sich, ob die durch Bauarbeiten am Bahnradweg stark in Mitleidenschaft gezogenen Wirtschaftswegen in der „Ewigkeit“ wieder instand gesetzt würden.

Herr Mollenhauer sagt Überprüfung zu.

8.8. Umgefahrenes Schild am Weg hinter der Freilichtbühne - Herr Spengler

Herr Spengler weist auf ein seit Monaten am Boden liegendes Schild an dem Weg von der Freilichtbühne in Richtung Aulendorf hin und fragt nach, ob die Verwaltung dieses wieder aufstellen könne.

Herr Mollenhauer sagt Erledigung zu.

8.9. Gefällte Kastanie - Herr Dübbelde

Herr Dübbelde weist darauf hin, dass an dem Weg rechts hinter dem Bahnübergang Bergstraße hinter der ersten Kurve eine große Kastanie gefällt wurde. Er fragt nach, wer das veranlasst habe und ob diese auf öffentlichem oder privatem Gelände gestanden habe.

Herr Mollenhauer sagt Überprüfung zu.

8.10. Bauarbeiten im Bereich Holthäuser Straße/Sandweg - Herr Dübbelde

Herr Dübbelde erkundigt sich nach dem Grund für die Bauarbeiten.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass es sich um eine Maßnahme der Versorgungsträger handeln müsse.

8.11. Überplanung des Averbeck-Grundstückes - Herr Dübbelde

Auf Nachfrage von Herrn Dübbelde teilt Frau Besecke mit, dass lt. Beschlusslage die frühzeitige Bürgeranhörung durchgeführt werden soll. Maßgebliche Voraussetzung hierfür sei aber der Abschluss eines städtebaulichen Vertrages. Da dieser bis heute nicht unterzeichnet wurde, könne der Beschluss nicht umgesetzt werden.

Jochen Dübbelde
Ausschussvorsitzender

Birgit Freickmann
Schriftführerin

